

Schulabgänger vorerst ohne Perspektive

Auch wenn in den Medien vor der Bundestagswahl wirtschaftlicher Optimismus verbreitet wird, die Arbeitslosenzahlen im August steigen weiter an. Die Auswertung einer Umfrage der Stadtjugendpflege aus dem Mai 2013 zeigt auch wie katastrophal die Ausbildungsplatzsituation ist. 74 von 122 Jugendlichen mit Realschul- und Hauptschulabschluss hatten im April noch keine Ausbildung- bzw. keinen Platz an einer weiterführenden Schule. Bei den Jugendlichen mit Realschulabschluss waren 55 von 96 Abgängern von der Krise betroffen und bei den Jugendlichen mit Hauptschulabschluss waren 24 von 26 ohne Perspektive.

Kitaplätze reichen noch lange nicht!

Es gibt mehr Krippenplätze als errechnet, vermeldete die Bundesregierung Ende Juli. Ein Riesenerfolg? Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) spricht von einem erfreulichen Ergebnis. Die Bundesregierung habe ihr Versprechen gehalten, und Bund, Länder und Gemeinden hätten einen „beachtlichen Endspurt“ hingelegt. Denn Eltern haben ab dem 1. August einen Rechtsanspruch, ihre unter dreijährigen Kinder in einer Kita unterzubringen. Während die Bundesregierung von mehr Plätzen als erwartet spricht, vermeldet aber das Statistische Bundesamt knapp 200.000 Plätze zu wenig.



Wie sieht es tatsächlich vor Ort aus? Am 24. August legte die Stadtverwaltung dem Sozialausschuss die aktuellen Zahlen vor. Dem Bericht zur Folge standen bis zum 31.08.2013 50 Kinder auf der Warteliste für einen Krippenplatz. Bis zum Sommer 2014 soll sich die Zahl auf 79 Kinder erhöhen. Mit der Fertigstellung des Krippenneubaus an der Gebrüderstraße wird die Warteliste um 20 zusätzliche Plätze verringert.

Im Bereich der 3 - 6 Jährigen Kinder standen bis zum 31.08.2013 29 Kinder auf der Warteliste für einen Kitaplatz. Bis zum Sommer 2014 soll sich die Zahl hier auf 74 Kinder erhöhen.

Die BALL-Fraktion wird die nächste Sozialausschusssitzung nutzen, um die Diskussion um zusätzliche Kitaplätze erneut voranzutreiben.

Am 22. September 2013 zugleich mit der Bundestagswahl Bürgerentscheid:

Stimmen Sie beim Bürgerentscheid mit JA ☒

1. wenn Sie gegen die Bebauung des Lill'schen Hügels am See sind. Die BALL meint: Der gesamte Seerandbereich muss freigehalten werden und langfristig als Park und Grünfläche für die Allgemeinheit umgestaltet werden.

2. wenn Sie dagegen sind, dass die Stadt für den Ankauf des Lill'schen Hügels einen Bodenspekulationspreis zahlt, der fast eine Million über dem Wert des Ackerlands liegt;

3. wenn Sie gegen den Bau einer langen Sohlgleite sind. Es ist eine kurze, geschlängelte Sohlgleite neben der Wassermühle zu bauen. Diese erfordert keinen überbeuerten Landkauf, ist als Fischaufstiegshilfe mindestens gleichwertig und letztlich rund 1.4 Millionen Euro kostengünstiger für die Stadt. Zudem könnten weitere rd. 200.000,- Euro für erforderliche weitere Gutachten gespart werden.

Mehr als 900 Bürgerinnen und Bürger haben mit ihrer Unterschrift einen Bürgerentscheid herbeigeführt. Die Bürgerinnen und Bürger sollen am 22. September zugleich mit der Bundestagswahl darüber entscheiden, ob sie auch gegen die Bebauung des Lill'schen Hügels und gegen den Bau einer für die Stadt rund 1.4 Millionen Euro teureren langen Sohlgleite sind.

Auf der Stadtvertreterversammlung am 20. 8. legte Franz Sitta für die Bürgerinitiative „Rettet

den Lill'schen Hügel“ in brillanter Form die klaren Argumente vor, die gegen die Bebauung des Lill'schen Hügels, gegen den überbeuerten Ankauf des Ackerlands und für eine geschlängelte, kurze Sohlgleite in der Nähe der Wassermühle sprechen. Er zeigte anhand einer kurzen geschlängelten und naturnah ausgebauten Sohlgleite in Sachsen, dass mit einem Stadtanteil von rd. 40.000,- Euro die Fischaufstiegshilfe errichtet werden könnte, während die Stadt im



Falle der langen Sohlgleite 1.4 Millionen Euro hinlegen müsste.

Die Argumente der Stadtvertretermehrheit, die seinerzeit den Bau der langen Sohlgleite beschlossen hatte, waren demgegenüber mehr als blass und zudem nicht auf der Höhe der Zeit, denn zwischenzeitlich hat sich der AZV aus dem Projekt zurückgezogen, ferner fordert das Land ein weiteres rd. 200.000,- Euro teures Gutachten, um die verschiedenen Sohlgleitenvarianten solide und

fundiert zu vergleichen.

Da alle Argumente – stadtplanerische; ökologische; und vor allem gewaltige finanzielle – für die Bürgerinitiative „Rettet den Lill'schen Hügel“ sprachen, beantragte die BALL-Fraktion, dass die Kosten für einen aufwendigen Bürgerentscheid gespart werden können und die Stadtvertretung gleich dem Anliegen des Bürgerbegehrens folgt und eine kurze Sohlgleite plant. Doch FWB, CDU, SPD und GRÜNE lehnten dies ab. Nun wurde

es spassig: Am Ende sprachen sich alle dafür aus, dass nun die Barmstedter Bevölkerung entscheiden solle, darunter auch diejenigen, die zuvor alles getan hatten, damit der Bürgerentscheid nicht stattfindet. Immerhin empfehlen FWB, SPD und ein CDU-Vertreter den Bürgerinnen und Bürgern nicht mehr für die Bebauung des Lill'schen Hügels und die teure lange Sohlgleite zu stimmen. Also: **Am 22. September beim Bürgerentscheid mit JA stimmen!**

Fracking im Norden Barmstedts verhindern



Die Stadt Barmstedt wurde am 24. Juni 2013 darüber unterrichtet, dass der kanadische Konzern PRD Energy GmbH in Kürze die bergbaurechtliche Erlaubnis zur

Aufsuchung von „Kohlenwasserstoffen“ (sprich Schiefergas und Öl) für das „Erlaubnisfeld Bramstedt 1“ erhalten würde. Das zuständige Landesamt für Bergbau sähe keine Möglich-

keit, eine solche Genehmigung zu versagen. Auf Nachfragen der BALL auf der Hauptausschusssitzung am 9.8.2013 wurde mitgeteilt, dass bis dahin diese Erlaubnis noch nicht erteilt worden sei.

Betroffen ist die Region zwischen Neumünster bis Barmstedt. Die Genehmigung, die vor allem potentielle Konkurrenten ausschaltet, würde noch keine konkreten Maßnahmen wie Bohrungen beinhalten, aber es handelt sich um den ersten Schritt in Richtung Fracking. Im Übrigen darf es nicht sein, dass kapitalistische Konzerne sich den Zugriff auf das, was unter der Erde liegt, absichern lassen können.

Hunderttausende Bürgerinnen und Bürger sowie zahlreiche Gremien – u. a. die Barmstedter Stadtvertretung

am 11. Dezember 2012 – haben sich entschieden gegen die Zulassung von Fracking ausgesprochen. Die Gefahren für die Vergiftung des Grundwassers mit Chemikalien bei der Erdgasgewinnung mit Fracking sind zu groß. Dies hat zuletzt der Verband der Schleswig-Holsteinischen Wasserwerke, dem 40 Stadtwerke angehören, in einer kritischen Stellungnahme im August 2013 festgestellt: Beim Fracking werden Chemiekocktails eingesetzt, die zu hohen Anteilen giftig, umweltgefährlich, gesundheitsschädlich, reizend, ätzend oder wassergefährdend sind. Insofern ist es um so unglaublicher, dass die Mineralölkonzerne offenbar so weiter machen können wie bisher. Es stellt sich die Frage, ob demokratische Mehrheiten und ökologische Vernunft oder

kurzfristiges Profitinteresse von Mineralölkonzernen, geschützt durch ein uraltes Bergbaurecht, sich durchsetzen werden. Im Norden Barmstedts befindet sich ein Wasserschutzgebiet sowie der weitläufige Trinkwassereinzugsbereich für unsere Stadt.

Ein anderer Aspekt des Problems ist, dass entgegen den Ankündigungen aufgrund der massiven Proteste immer noch keine gesetzliche Regelung im Bundestag beschlossen wurde, die Fracking verbietet: Die CDU/CSU/FDP-Regierung als Wahrer der Profitinteressen der Mineralölkonzerne, die so weiterhin ungehindert agieren können – es sei denn, die betroffenen Menschen lassen sich das nicht länger bieten.

„Doppik“-Einführung im Barmstedter Rathaus:

Schon 440.000,- Euro verbrannt

Allen Sparsamkeitsappellen zum Trotz: Im Barmstedter Rathaus werden zur Zeit Hunderttausende von Euros „verbrannt“. Die „Doppik“ soll eingeführt werden. Was ist die „Doppik? „Doppik“ steht für „Doppelte Buchführung in Konten“, die – entsprechend eines Beschlusses der Innenminister – den bisher üblichen „kameralistischen“ Haushalt ersetzen soll. In Schleswig-Holstein steht es den Gemeinden noch frei, ihre Haushalte nach der alten Systematik oder nach der Doppik zu führen. FWB, CDU und SPD in der Barmstedter Stadtvertretung haben sich gegen die Stimmen der BALL für die Umstellung der Buch- und Haushaltsführung auf Doppik entschieden.

Die Doppik wird mit schönen Märchen angepriesen: Die Doppik schaffe mehr Transparenz, spiegele die tatsächlichen Kosten wieder, ermögliche dem Staat so effektiv zu wirtschaften wie ein modernes Unternehmen. Tatsächlich bedeutet die Verbreitung der Doppik zunächst einmal gute Geschäfte für Software-Unternehmen und Wirtschaftsberatungsunternehmen. Mit der Einführung der Doppik, die von der „Bertels-

mann-Stiftung“, den Vordenkern großer Unternehmen und Banken (des Kapitals), propagiert wurde, erhofft man sich eine bessere Kostenvergleichbarkeit für bestimmte kommunale Aufgaben – z. B. die Finanzierung von Kindergärten – zu erreichen. Warum? Natürlich, um die Kos-

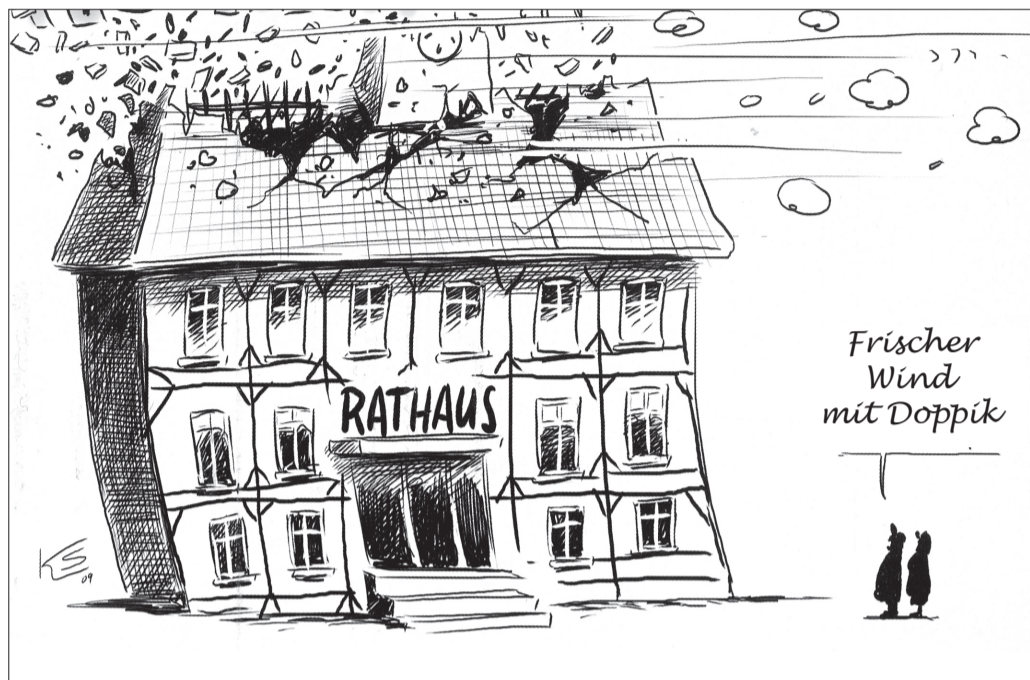
ten auf das niedrigste Niveau zu senken. Weiterhin sollen die für eine Privatisierung lukrativen Bereiche vor allem in den großen Städten besser erkennbar

werden. Wenn Kommunen wie kapitalistische Unternehmen –

also in erster Linie profitorientiert – geführt werden sollen, wird versucht Grundgesetz und Gemeindeordnung umzudeuten: Die Gemeinden werden von demokratisch gewählten Gremien geführt, sie haben die sozialen

den Maximalprofit geht. Mittlerweile wird in diversen Gemeinden mit der Doppik gearbeitet, und die Kritik ist durchgängig: Statt mehr Transparenz erhalten die Gemeindevertreter von 300 auf 1000 Seiten aufgeblähte Haushalte, durch die immer weniger durchblicken

nahmen und Vermögenswerte erwirtschaftet werden müssen. Das wird auch Barmstedt erwischen aufgrund der hohen Investitionen in neue Schulen und Sporthallen. Die Folgen werden die Bürgerinnen und Bürger in bekannter Weise zu spüren bekommen: Steuer- und Abgabenerhöhungen und Streichungen. Die Doppik soll zur Kostensenkung führen, sie ist selbst aber ein Kostenmonster ohne tatsächlichen Nutzen. Auf Anfrage der BALL-Fraktion wurden im Hauptausschuss erste Zahlen genannt: Bisher hat die Einführung der Doppik im Barmstedter Rathaus rund 440.000,- Euro für Schulungsmaßnahmen, Beratungsunternehmen, Personalausgaben und Software gekostet, und die Einführung ist noch längst nicht vorbei, so dass – schätzungsweise – weitere ca. 200.000,- Euro Kosten hinzukommen werden. Wenn denn die Doppik eingeführt ist, rechnet die Stadt mit jährlichen Mehrkosten für Personal und Software von ca. 70.000,- Euro, wobei andere Gemeinden eher von 100.000,- Euro berichten. Und dann wird der Bevölkerung wieder erzählt, es wäre kein Geld da.



und demokratischen Rechte der Bürger zu wahren und die öffentliche Daseinsfürsorge zu gewährleisten, sie sind keine Unternehmen, denen es um

und somit zur weiteren Entdemokratisierung beitragen. Die Haushalte werden noch ärmer gerechnet, indem jeweils die Abschreibungsmittel für Baumaß-

Endlich: Stadt unterstützt Saturn-Kino

Als Mitte Mai in der „Pinneberger Zeitung“ die Meldung über die Existenzbedrohung des beliebten Barmstedter Saturn-Kinos erschien, reagierte die BALL-Fraktion sofort und forderte die Stadt auf sich für den Erhalt des Kinos einzusetzen. Das Kino muss für eine neue digitale Vorführanlage rd. 56.000,- Euro investieren, um weiterhin neueste Filme zeigen zu können. Von der Filmförderung des Bundes erhält das Kino keinen Zuschuss, da die Besucherzahlen im kleinen Saal zu niedrig wären.

Weit mehr als 10.000 Besucherinnen und Besucher (2012: 12.500) – nicht wenige auch aus den Umlandgemeinden – unterstreichen den Stellenwert, den das Kino im kulturellen Angebot Barmstedts sowie für die Gäste im Erholungsort Barmstedt einnimmt. Zudem wurde das Kino durch die Theateraufführungen mit mehreren Hundert Besuchern im letzten Jahr zusätzlich attraktiver gemacht. Darüber hinaus engagiert sich das Saturn-Kino jedes Jahr bei den landesweiten



Schulfilmtagen, die in Barmstedt jeweils von weit mehr als 1000 Kindern und Jugendlichen besucht werden, sowie beim Kinderfest. Das Saturn-Kino wurde mehrfach für sein vorbildliches Kinder- und Jugendfilmprogramm ausgezeichnet. Zudem darf es keinen weiteren Leerstand im Zentrum der Stadt geben.

In der Hauptausschusssitzung im Juni bekräftigten alle Fraktionen, dass ihnen der Erhalt des Kinos sehr wichtig wäre. Auf der Stadtvertretersitzung am 20.8. schliesslich wurde, nachdem ein weitergehender Förderungsantrag der BALL abgelehnt wurde, letztlich einstimmig ein Förderungskonzept beschlossen: Die Stadt übernimmt zur Kulturförderung einen Anteil von 45 % der Anschaffungskosten, ferner gewährt sie ein zinsgünstiges Darlehen zur Zwischenfinanzierung. Der Betreiber trägt 20 % der Kosten. Es soll zudem ein Förderverein gegründet werden. Das war ein zähes Ringen, bei dem die BALL-Fraktion ihren Beitrag geleistet hat, mit letztlich einem Ergebnis, das hoffentlich den Erhalt dieser wichtigen Institution ermöglicht.

Bundestagswahl 2013



„100% SOZIAL“ – das ist die zentrale Wahlkampfaussage der Linkspartei zur diesjährigen Bundestagswahl. Mit ihrem Wahlprogramm stellt sich DIE LINKE als eine wählbare Alternative zu den anderen im Bundestag vertretenen Parteien dar. Wir informieren an dieser Stelle über die wesentlichen Punkte aus ihrem Wahlprogramm.

■ DIE LINKE stellt sich mit ihrem Programm an die Seite der Beschäftigten in den Betrieben und Verwaltungen, wenn es um Respekt und gute Arbeit geht. Das beginnt mit einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro die Stunde. Mit Niedriglöhnen, Leiharbeit, dem Missbrauch von Werkverträgen, mit Mini- und Midijobs will sie Schluss machen und diese schlechten Arbeitsverhältnisse in tariflich bezahlte, sozialversicherungspflichtige

Beschäftigung umwandeln. Fünf Millionen Menschen sind ohne Arbeit, gleichzeitig fehlt es an Personal in Krankenhäusern, in der Pflege, in Schulen, in der Kinderbetreuung und auch im Handwerk.

DIE LINKE fordert ein Programm für die Zukunft. Dafür müssen öffentliche Investitionen bereitgestellt werden, um die Versorgung für alle zu verbessern. Nicht längere Arbeitszeiten und mehr Stress, sondern kürzere Arbeitszeiten und ausreichend Zeit für Ruhe, Familie, Partnerschaft.

■ Hartz IV ist Armut per Gesetz. Deshalb will DIE LINKE dieses System abschaffen und ein Konzept für eine Mindestsicherung vorlegen, bei der niemand unter 1.050 Euro Einkommen fällt.

Kurzfristig sollen die Hartz IV-Regelsätze auf 500 Euro steigen. Keine Sanktionen, keine Bedarfsgemeinschaften, keine Ein-Euro-Jobs, sondern eine

Mindestsicherung für jede und jeden und gute Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebote.



■ Die Rente muss den Lebensstandard im Alter sichern. DIE LINKE schlägt vor, das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anzuheben. Um Altersarmut zu verhindern, soll eine Solidarische

Mindestrente von 1.050 Euro eingeführt werden. Davon profitieren viele, vor allem Frauen, die im Erwerbsleben schlechter bezahlt wurden.

■ Hohe Einkommen sollen – wie zu Helmut Kohls Zeiten – wieder mit 53 Prozent besteuert werden. Außerdem wird eine Millionärssteuer gefordert. Die Einnahmen werden für bessere öffentliche Angebote gebraucht: für Kitas, Schulen, sozialen Wohnungsbau. DIE LINKE ist die einzige Partei, die Steuern für niedrige und mittlere Einkommen bis 6.000 Euro im Monat spürbar senken will.

■ DIE LINKE will eine solidari-

wieder paritätisch an der Finanzierung. So lassen sich Beiträge senken. Die private Krankenversicherung wird auf Zusatzversicherungen beschränkt.

■ Nach der Finanzkrise sind die Spekulationen mit Wohnungen explodiert und die Mieten enorm gestiegen. DIE LINKE will die Verdrängung von Mieterinnen und Mietern stoppen und Mietpreise begrenzen. Sie will mehr Wohnungen mit Sozialbindung.

■ Eine Energiewende wird erst richtig nachhaltig, wenn die Versorgung mit Strom und Wasser als Grundrecht garantiert ist und Energie durch soziale Staffelung bezahlbar bleibt. Die Versorgung soll in öffentliche Hand unter demokratischer Kontrolle gestellt werden. Stromsperrern sollen verboten werden.

■ Es wird Zeit, dass endlich die zahlen, die von der Krise profitiert haben. Die Banken und Finanzmärkte müssen kontrolliert und in den Dienst der Gesellschaft gestellt werden. Die Finanztransaktionssteuer ist überfällig. Eine einmalige Abgabe auf Vermögen über eine Million Euro in ganz Europa ist ein Schritt aus der Schuldenkrise.

■ Ohne Frieden ist alles nichts. DIE LINKE will die Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen zurückgeholt. Waffenexporte nur besser zu kontrollieren, das reicht der Linkspartei nicht: „Nur ein Verbot wirkt.“ Die Produktion von Waffen soll auf zivile Güter umgestellt werden.

sche Gesundheitsversicherung: eine für alle. Alle zahlen ein, alle werden gleichermaßen gut versorgt und Zuzahlungen und Zusatzbeiträge abgeschafft. Die Unternehmen beteiligen sich